

Stadtumbau - Netzwerk lokale Lebenskultur

WEM GEHÖRT DIE STADT?

Fachtagung zur Kommunikation im Stadtumbauprozess

VORWORT

Wem gehört die Stadt? – Diese Frage stand im Mittelpunkt unserer Tagung am 28. Mai 2008 an der Hochschule in Wismar. Wir haben versucht, unseren umfassenden Ansatz für die Entwicklung der Klein- und Mittelstädte Mecklenburg-Vorpommerns und ihres Umlandes einem breiten Fachpublikum nahe zu bringen und gemeinsam zu diskutieren, um herauszuarbeiten, wie die StadtLand-Regionen mit all ihren Facetten dauerhaft zu stärken sind – kulturell, sozial, wirtschaftlich, ökologisch und demokratisch.

Für den sozial-räumlichen Wandel unter den Bedingungen demografischer und wirtschaftlicher Strukturveränderungen gibt es keine Rezepte. Auf die neuen Rahmenbedingungen stellen sich Städte und Regionen schwerlich ein. Mit den herkömmlichen Planungsinstrumenten können die Veränderungsprozesse nicht gesteuert werden. Partialinteressen stehen der Entwicklung des Gemeinwesens häufig entgegen und manchmal wissen die vermeintlichen Partner der StadtLand-Entwicklung gar nichts voneinander.

Wir konnten ein breites Publikum für unsere Fachtagung interessieren, was in der Dokumentation deutlich wird. Es zeigt sich, dass ein großer Bedarf am interdisziplinären Erfahrungsaustausch besteht. Es wurde der Wunsch geäußert, Veranstaltungen dieser Art folgen zu lassen.

Mit der Tagung konnte der Blick von den technischen und wirtschaftlichen Betrachtungen des Stadtentwicklungsprozesses stärker als bisher auf die sozialen und kulturellen Aspekte gerichtet und die Stadt als ganzheitlicher Organismus thematisiert werden.

Konsens bestand unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung darin, dass es mehr als bisher erforderlich ist,

- » Prozesse der Stadt- und Regionalentwicklung frühzeitig und umfassend zu kommunizieren und die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen,
- » den disziplinären und interdisziplinären Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu pflegen und
- » die Netzwerkarbeit zur StadtLand-Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern weiterzuentwickeln.

Die vorliegende Broschüre ist wohl mehr als eine Veranstaltungsdokumentation – sie veranschaulicht das Konzept der ganzheitlichen StadtLand-Entwicklung und ist der Beginn eines landesweiten Dialogs wichtiger Akteure zur Entwicklung der Klein- und Mittelstädte und ihres Umlandes in Mecklenburg-Vorpommern. Und sie ist Bekenntnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum gemeinsamen Anliegen. Viele Fragen bleiben unbeantwortet, manche sind noch gar nicht gestellt. Von denen, die wir herausgearbeitet haben, sind die nach der Entwicklungsfähigkeit der Gemeinden – z. B. sind das die Aspekte von geschulter demokratischer Entscheidungsfindung einerseits und Verwaltungskraft und Fachkompetenz andererseits – und die nach den sozial-räumlichen Planungs- und Steuerungsprozessen bereits zu benennen.

Wir danken denen, die unser Projekt und diese Tagung unterstützt haben: dem vhw – Bundesverband für Stadtentwicklung und Wohneigentum, der Hochschule Wismar und der Forschungs-GmbH Wismar sowie dem Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern.



IMPRESSUM

Verlag: callidus. Verlag wissenschaftlicher Publikationen
Technologie- und Forschungszentrum | Alter Holzhafen 19 | 23966 Wismar
www.callidusverlag.de | callidus@callidusverlag.de

Druckerei: IDENTevent – Dr. Bernd Frank | Nuthetal

Erscheinungsjahr: 2008

Erscheinungsort: Wismar

Autoren: ReferentInnen und TeilnehmerInnen der Veranstaltung „Wem gehört die Stadt?“ am 28. Mai 2008

Herausgeber: Projekt „Stadtumbau - Netzwerk lokale Lebenskultur“ an der Hochschule Wismar

Konzeption: Andrea Gaube | Eberhardt Blei | Silke-Maria Pressentin

Gestaltung: Gunnar Schlee (gschlee@gmx.de)

ISBN: 9-783-940677-60-0

Diese Broschüre wurde teilfinanziert durch das Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern.

Die Broschüre darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht so verstanden werden, dass die Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden kann. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Das Projekt wird unterstützt durch:



INHALTSVERZEICHNIS

BEGRÜSSUNGEN	6
VORTRÄGE	8
· Wem gehört die Stadt?	8
· Soziale Stadtpolitik unter Bedingungen des Schrumpfens	12
IMPRESSIONEN VOM VORMITTAG	17
VORTRÄGE	18
· Chancen für Familien	18
· Wohnen in Klein- und Mittelstädten Mecklenburg-Vorpommerns	20
· Stadtbau und technische Infrastruktur	22
· Kommunale Haushalte und gestaltende Finanzpolitik der Grund- und Mittelzentren Mecklenburg-Vorpommerns	24
· Planungskultur und Beteiligungsverfahren unter den Bedingungen der Schrumpfung in Mecklenburg-Vorpommern	26
· Städtebauliche Entwicklungen in Klein- und Mittelstädten Ostdeutschlands	28
WORKSHOP 1 - Chancen für Familien in Mecklenburg-Vorpommern	30
· Chancen für Familien in Mecklenburg-Vorpommern	31
· Soziale Belange in der Arbeit der Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG	32
· Zusammenfassung Workshop 1	34
WORKSHOP 2 - Für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung	36
· Zur Entwicklung der ländlichen Räume	37
· Nutzung moderner IKT in ländlichen Regionen	38
· „Die Wiege der Demokratie ... steht im Dorf!“	39
· Region schafft Zukunft	40
· Nachhaltige Entwicklung der Barlachstadt Güstrow	41
· Zusammenfassung Workshop 2	42
WORKSHOP 3 - Wohnen mit Zukunft in Klein- und Mittelstädten Mecklenburg-Vorpommerns	44
· Wohnen mit Zukunft: Vier Thesen aus Landessicht	45
· Wohnen für das Existenzminimum – Anforderungen aus Sicht einer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung	46
· Aufbau einer Zeitbank in Eggesin – Projektvorstellung	48
· Die Altstadt ist nicht alles, aber ohne Altstadt ist alles nichts	49
· Zusammenfassung Workshop 3	50
IMPRESSIONEN	52
TEILNEHMERLISTE	54
DANKSAGUNG CD - ÜBERBLICK	56



WEM GEHÖRT DIE STADT?

Prof. Andrea Gaube / Professorin für Stadt- und Gebäudesanierung an der Fakultät Gestaltung der Hochschule Wismar, Studiengang Architektur

Sehr geehrter Herr Prof. Siebel, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich darf Sie ganz herzlich begrüßen und freue mich auf einen interessanten Tag mit Ihnen.

1. WEM GEHÖRT DIE STADT?

Eine Frage, die wir heute diskutieren wollen, die sicher kaum in der Gänze beantwortet werden wird, aber vielleicht unterschiedliche oder auch neue Sichtweisen für jeden aufzeigen kann.

Die Stadt wird gerade im kommunalen Kontext als soziales, wirtschaftliches und technisches Gefüge behandelt.

Der Planer sieht aber vielleicht die Stadt auch als einen Ort der Bildung, Kultur und Betreuung, als Ort des Wohnens, des Erholens, des Arbeitens und Wirtschaftens sowie des Verwaltens. Und – nicht zu vergessen – Stadt ist immer Teil einer Region.

Die Bürger wiederum begreifen Stadt weniger in diesen Strukturen, sondern sie wollen sich Ihre Stadt aneignen, Identität in ihr finden, sich Heimischfühlen und eine Heimat haben. Sie wollen zufrieden mit ihrem Wohnquartier sein, in dem sie Nachbarschaften und soziale Kontakte pflegen und in dem sie soziale Netze zur Bewältigung von Alltagsproblemen finden. Wir alle finden Stadt nicht als fertiges Gebilde vor, sondern wir erleben unsere Städte in einem ständigen Wandel, der mal stärker und mal schwächer vonstattengeht.

2. DIE STADT IN IHRER VERÄNDERUNG

Die Stadt verändert sich auf verschiedenen Ebenen: baulich, infrastrukturell, sozial und kommunal. Manche Ebenen sind sehr direkt wahrnehmbar, manches ist aber auch nur indirekt zu spüren. Der bauliche Wandel ist die Ebene, in der sich Architekten und Stadtplaner sofort angesprochen fühlen. Aber auch für Kommunalpolitiker ist dieser bauliche Wandel häufig ein wichtiges Aushängeschild.

Baulicher Wandel

Mit der Sanierung wurde in den vergangenen fast 20 Jahren viel erreicht. Die im Osten noch zahlreich vorhandenen Altstädte wurden mit sehr vielen Fördergeldern gerettet und zeigen sich heute vielerorts als gelebte Geschichte. Sie sind wichtige Zentren des städtischen Lebens und der Identität. Da haben wir in Mecklenburg-Vorpommern viel Positives vorzuzeigen.

Aber leider gingen uns dabei die Kinder verloren; Rentner bestimmen heute das Bild unserer Städte. Fußgänger und Radfahrer wurden durch Autos ersetzt. Mancherorts mangelt es an Leben und noch viel mehr an Lebenskultur.

Als problematisch für den baulichen Wandel erwies sich die Orientierung auf Großsiedlungen, ohne den bereits damals einsetzenden Rückgang der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Über 90 Prozent der Plattenbauten der ehemaligen DDR waren zur Jahrhundertwende bereits saniert. Diese Fehlentwicklung wurde durch politische Entscheidungen gestützt. Zu nennen sei hier besonders das Altschuldenhilfefesetz (AHG) sowie die Regelung Rückgabe vor Entschädigung. Aber auch Erwerber und Zwischenerwerber erhielten die Verpflichtung zur Sanierung.

Erweiterungen des Wohnungsbestandes im Umland erschwerten zusätzlich einen gesteuerten städtischen Entwicklungsprozess. Dem angestauten Bedarf am Wohnen im Einfamilienhaus (EFH) musste zwar Rechnung getragen werden. Aber es entstanden auch zahlreiche Mehrfamilienhäuser (MFH), deren Notwendigkeit grundsätzlich angezweifelt werden konnte.

Es gab bereits vor der Wende einen hohen Leerstand in den Innenstädten, der seit Mitte der 90er Jahre durch den Leerstand in den Großsiedlungen ergänzt wurde. Während der in der Innenstadt durch Sanierung sehr langsam geringer wurde, kann in den Großsiedlungen nur durch Rückbau und Abriss eine Veränderung bewirkt werden.

Der Leerstand führt zu großen Problemen in den Wohnungsunternehmen, aber auch bei privaten Eigentümern. Existenzen stehen dabei auf beiden Seiten auf dem Spiel.

Verkäufe von kommunalem Wohnraum verschärfen zusätzlich die Situation, da Stadtentwicklung dadurch immer weniger gesteuert werden kann. Hedgefonds sind keine Verhandlungspartner, weder im Stadtumbau noch in der Versorgung mit sozialem Wohnraum. Der Leerstand könnte dadurch noch schneller an unerwünschten Orten in der Stadt entstehen. Unbegründete Erweiterungen von Gewerbeflächen und die Stilllegung zahlreicher ostdeutscher Betriebe verursachten ein überdimensioniertes Angebot, das nicht den tatsächlich zu erwartenden Bedarf entsprach. Ungenutzte oder wenig ausgelastete Gewerbegebiete gehören inzwischen zu den Bildern unserer Städte und Gemeinden. Überall gibt es Gewerbegebiete, die in Konkurrenz zu den Gewerbegebieten in der Nachbargemeinde stehen oder die der Gemeinde mehr Geld kosten, als sie einbringen können, weil sie nicht ausgelastet sind und die Unternehmen keine Gewerbesteuern aufgrund



fehlender Gewinne zahlen. Brachen und Ruinen gehören zu unseren Stadtlandschaften dazu.

Heute haben inzwischen alle die Tatsache akzeptiert, dass unsere Städte schrumpfen – wenn auch nicht unbedingt flächenmäßig, aber in der Anzahl der Bevölkerung – und unsere ländlichen Regionen leerlaufen. Was bedeutet das aber neben den baulichen Veränderungen?

Schrumpfung und Wandel ist aus der Geschichte lange und weltweit bekannt. Kriege, Naturkatastrophen und Epidemien haben schon immer zu Wanderungen und Schrumpfungen geführt. Kolonisation und Steuererleichterungen, also gesteuerte Ansiedlungen, wurden dann als Gegenmaßnahme vorgenommen.

Auch den politischen Wandel gab es früher schon. Durch neue Grenzen und der Gründung neuer Staaten wurden ganze Völkerwanderungen ausgelöst.

Die Abwanderung von jungen Menschen in die florierenden Großstädte und Metropolen ist ebenfalls ein weltweiter Trend seit Jahrhunderten. Bessere Ausbildungsplätze, bessere Verdienstmöglichkeiten oder überhaupt Möglichkeiten des Gelderwerbs, aber auch mehr kulturelle Angebote und Abenteuerlust sind Ursachen für diese Abwanderungen.

Schrumpfung als Resultat des politischen Wandels in der heutigen Zeit heißt für uns vor allem Abwanderung aus Ostdeutschland, die natürlich mit den politischen Veränderungen und den damit entstandenen wirtschaftlichen Gegebenheiten zusammenhängen, aber auch mit der Suche nach einer neuen Identität.

Infrastruktureller Wandel

Eng verbunden mit dem baulichen Wandel, ist der infrastrukturelle Wandel zu sehen. Das durch Schrumpfung entstandene Überangebot an Wohnungen hat überdimensionierte technische und soziale Infrastruktur zur Folge und muss zurück bzw. umgebaut werden. Aber gleichzeitig entsteht auch die Notwendigkeit, über alternative Konzepte nachzudenken. In der technischen Ver- und Entsorgung sollte unter Anbetracht globaler Fragestellungen nicht grundsätzlich von einem Status quo in den technischen Lösungen ausgegangen werden. Auch bei der Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr im dünn besiedelten ländlichen Raum sind neue Lösungen gefragt, die eine Versorgung in angemessener Art langfristig sichern können. In der Schulbildung sind unter Beachtung physischer und psychischer Belastbarkeit der Kinder, die bestehenden Angebote zu hinterfragen. Warum heißt eigentlich ein längeres gemeinsames Lernen nicht auch, dass die Grundschule bis zur 6. Klasse gemeinsam besucht wird?

Nicht zu vergessen die Betreuung der immer größer werdenden Anzahl an alten Bewohnern, welche neue Angebotsformen erforderlich machen.

WORKSHOP 1

CHANCEN FÜR FAMILIEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Moderation: Prof. Dr. Johannes Boettner



CHANCEN FÜR FAMILIEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Ingrid Mans / Ministeriums für Soziales und Gesundheit, Referentin, Abteilung Jugend und Familie

In Mecklenburg-Vorpommern vollzieht sich – wie in anderen Bundesländern auch – ein tief greifender demografischer Wandel. Die Menschen in unserem Bundesland erreichen ein immer höheres Lebensalter, hinzu kommen die Wanderungstendenzen und die veränderten Formen des Zusammenlebens. Unsere Städte machen einen deutlichen strukturellen Wandel durch. Das stellt die Akteure vor besondere Herausforderungen und es erfordert erhebliche Anstrengungen. Daraus erwachsen aber auch besondere Chancen. So kann es uns gelingen, eine Vorreiterrolle einzunehmen, denn diese Veränderungen werden mit mehr oder minder großer Verzögerung ganz Deutschland betreffen. Wenn wir uns zusammen mit unseren Partnern darauf einstellen und wenn uns innovative Lösungen gelingen, können wir später unser Wissen exportieren und davon profitieren.

Besonders wichtig ist beim weiteren Wandel der Städte, dass die Menschen in den Städten und Stadtteilen – Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren – in die Prozesse des Stadtumbaus einbezogen werden. Denn nur so kann ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprochen werden. Sie sollen sich wohlfühlen und ihr Wohnumfeld aktiv mitgestalten.

Die Landesregierung hat das klare Ziel, die Bedingungen für Familien in Mecklenburg-Vorpommern weiter zu verbessern. Ein Bewusstseinswandel hin zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit muss in unserer Gesellschaft vorgebracht werden.

Ziel aller, auch städtebaulicher und gestalterischer Maßnahmen muss es sein, dass:

- » Kinder und Jugendliche in Sicherheit und mit guten und gerechten Lebenschancen aufwachsen,
- » alle Kinder eine kindgerechte Entwicklung erfahren können,
- » ein umfassendes Bildungskonzept des lebenslangen Lernens für alle gewährleistet wird und die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen erhöht werden,
- » durch sozialraumorientierte Maßnahmen die Chancengleichheit bei Kindern und Familien erhöht und Fehlentwicklungen vermieden werden,
- » Kindertageseinrichtungen und Schulen stärker zu Begegnungsstätten zu machen, die ein zentraler Anlaufpunkt für die ganze Familie sind,
- » modellhafte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Vätern und Müttern in Kooperation mit den Sozialpartnern und der Wirtschaft entwickelt werden (Dienstleistungsangebote, Verbundlösungen für Dienstleistungen),
- » die Kinder- und Familienfreundlichkeit von Maßnahmen gezielt überprüft wird.

Generationsübergreifendes Wohnen sollte z. B. gezielt gefördert werden. Es bilden sich neue soziale Netze, die zur gegenseitigen Fürsorge führen können. Alle Beteiligten profitieren davon: Ältere Menschen finden neue Aufgaben – Vereinsamung im Alter ist dann kein Thema mehr. Sie können die Jüngeren wie z. B. berufstätige Eltern entlasten.

Um Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, müssen Eltern bei der Erziehung der Kinder unterstützt werden. Dafür steht ein Netz von Angebo-

ten zur Verfügung. Dazu zählen unter anderem Familienzentren, Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäuser, ElterntrainerInnen, Lokale Bündnisse für Familie, Familienhebammen und Beratungsstellen. Diese Angebote sollten ebenfalls in stadtplanerische Maßnahmen einbezogen werden.

Familienpolitische Schwerpunkte mit besonderer Bedeutung für den Stadtumbauprozess in Mecklenburg-Vorpommern sind:

- » Eine Allianz für Familie, in der Familienmitglieder, Kommunen, Vereine und Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und weitere Akteure gemeinsam die Rahmenbedingungen für Familien verbessern,
- » das Landesprogramm „Eltern stark machen“ und dessen Umsetzung im Wohnumfeld der Familien,
- » Qualifizierung der Arbeit von Kindertageseinrichtungen und die weitere Integration in den Sozialraum,
- » Förderung und Qualifizierung eines landesweiten Netzes von multifunktionalen Familienzentren, in denen Familien in Bildung, Beratung, Begegnung und Betreuung in verschiedenen Lebensabschnitten und in verschiedenen Lebenslagen finden,
- » Servicestellen zur Förderung des Kindeswohls und der Frühintervention bei Kindeswohlgefährdung,
- » ein Netz von Familienhebammen,
- » der neue Wettbewerb „Familienfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“, mit dem Schwerpunktthema Kinderfreundlichkeit.

WORKSHOP 2 FÜR EINE NACHHALTIGE STADT- UND REGIONALENTWICKLUNG

Moderation: Dr. Peter Hajny



ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME

Volker Kleinfeld / Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Betrachtet man die ländlichen Räume Mecklenburg-Vorpommerns außerhalb der Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern, so stellt man fest, dass diese mit einem Bevölkerungsanteil von 65 Prozent und einem Flächenanteil von über 95 Prozent Mecklenburg-Vorpommerns signifikant prägen. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat deshalb seit 1991 die Entwicklung der ländlichen Räume des Landes mit mehr als 1,2 Milliarden Euro Fördermitteln von EU, Bund und Land unterstützt. Dadurch wurden Gesamtinvestitionen von über 2 Milliarden Euro ausgelöst, die einerseits Arbeitsplätze in den Dörfern und bei der regionalen Bauwirtschaft und Handwerkschaft sicherten oder schufen. Andererseits wurde über die Entwicklung der ländlichen Räume mit dem Instrument der Flurneuordnung, unterstützt durch Maßnahmen der Dorferneuerung und des ländlichen Wegbaus, vieles in den Gemeinden bewegt und erreicht. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen waren die Bürger und Akteure vor Ort immer eng mit eingebunden, sie konnten sich und ihre Vorstellungen in die Maßnahmen einbringen und sich so mit den Vorhaben identifizieren. Eine nachhaltige Stadt- und Landentwicklung hat somit in den ländlichen Räumen nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Köpfen stattgefunden.

Die Fördermittel von EU, Bund und Land wie auch die den Gemeinden für die Aufbringung des erforderlichen Ei-

genanteils zur Verfügung stehenden Mittel sind in den vergangenen Jahren geringer geworden; mit weiterhin sinkender Tendenz. Zu berücksichtigen ist mittel- bis langfristig auch die demografische Entwicklung. Diese Situation berücksichtigend, hat in der unter: www.lu.regierung-mv.de erhältlichen Broschüre „Land hat Zukunft – Mecklenburg-Vorpommern 2020“ der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Till Backhaus, Visionen und Trends für die Entwicklung der ländlichen Räume im kommenden Jahrzehnt aufgezeigt. Diese sind unter anderem: lebenslanges Lernen, Gesundheit – Bewegung – Ernährung, Schutz der natürlichen Ressourcen, Energie und Mobilität, Leben und Arbeiten in den ländlichen Räumen.

Die beiden letztgenannten Punkte nehmen direkten Einfluss auch auf eine Regionalentwicklung. Daraus ableitbare Trends sind, dass die ländlichen Räume als Lebensraum vieler Menschen weiter zu entwickeln sind und neben der bisherigen und zukünftigen Unterstützung durch die Landesregierung das (ehrenamtliche) Engagement der Akteure vor Ort sowie die Mobilität der Bewohner der ländlichen Räume an Bedeutung gewinnen. Die Absicherung der menschlichen Grundbedürfnisse wie die Erhaltung eines adäquaten Lebensumfeldes, die medizinische Versorgung und die Ausbildung wird von den Bewohnern der ländlichen Räume auch in Zukunft

eingefordert werden. Realisiert werden kann sie zukünftig aber nur, wenn sich neben dem Vorhandensein einer funktionalen und effizienten Infrastruktur die Menschen in den ländlichen Räumen in der dörflichen Gemeinschaft engagieren und auch die in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern erforderliche Mobilität akzeptieren und praktizieren.

WORKSHOP 3

WOHNEN MIT ZUKUNFT IN KLEIN- UND MITTELSTÄDTEN MECKLENBURG-VORPOMMERNS

Moderation: Prof. Dr. Jost W. Kramer



WOHNEN MIT ZUKUNFT: VIER THESEN AUS LANDESSICHT

*Dr. Reinhard Wulforth / Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern,
Referatsleiter Stadtentwicklung und Städtebauförderung*

THESE 1

Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern wird das Wohnen auch zukünftig ein zentrales Handlungsfeld der Stadtentwicklung sein.

Die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte und andere fachübergreifende Planungen zeigen, dass die Kommunen es als eine wesentliche Aufgabe erkannt haben, attraktive Voraussetzungen für das Wohnen zu schaffen. Diese Prioritätensetzung ist auch deshalb angemessen, weil hier die kommunalen Einflussmöglichkeiten – etwa im Unterschied zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung – besonders groß sind.

THESE 2

Beim Werben um Einwohner haben die Klein- und Mittelstädte gute Chancen:

- » als Ankerpunkte im ländlichen Raum,
- » aufgrund des breiten Nutzungsmixes auf kleinem Raum („Stadt der kurzen Wege“),
- » angesichts der großen Attraktivität der historischen Altstadtkerne.

Im Wettbewerb der Kommunen um Einwohner, der wegen seiner Anreizfunktion grundsätzlich zu begrüßen ist, haben die Klein- und Mittelstädte aus den aufgeführten Gründen gute Chancen. Es gibt deutliche Anhaltspunkte dafür, dass die Bürger nach der Suburbanisierungsphase der 90er Jahre zunehmend die Vorzüge des (inner-) städtischen Wohnens erkennen. Deshalb sollten die Städte ihre Potenziale noch stärker herausarbeiten und offensiv vertreten.

THESE 3

Die erstaunlich großen Schwankungen bei der Wohnortzufriedenheit deuten darauf hin, dass die Einflussmöglich-

keiten der Kommunen nicht unterschätzt werden dürfen.

Langjährige Beobachtungen zeigen, dass die Wohnzufriedenheit in Ostdeutschland stark schwankt, tendenziell aber wächst. So stieg der Anteil der (sehr) zufriedenen Einwohner in den östlichen Großstädten innerhalb der letzten drei Jahre von 40 auf über 70 Prozent (vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Leben in deutschen Städten, 2008, S. 9). Dies sollte auch die Klein- und Mittelstädte ermutigen, ihre Einflussmöglichkeiten auf die Wohnzufriedenheit aktiv zu nutzen.

THESE 4

Über die Attraktivität einer Stadt als Wohnstandort wird ganz wesentlich die Qualität der Planungsprozesse entscheiden.

Gerade die besonders erfolgreichen Städte im Land bestätigen, wie entscheidend langfristige Strategien und eine hohe Planungskultur für eine positive Stadtentwicklung sind.

Beispiel 1

Gesamtstädtischer Planungsprozess

- » Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) als anerkanntes Steuerungsinstrument des Stadtumbaus
- » Gesamtstädtischer Ansatz
- » Integrierter Ansatz: alle wichtigen Handlungsfelder der Stadtentwicklung
- » Tendenz zum (integrierten) städtebaulichen Entwicklungskonzept auch außerhalb der Stadtumbaukulisse
- » Leitbilddiskussion
- » Monitoring

Die Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost hat hervorgehoben, dass die ISEKs ein entscheidender Garant für

einen erfolgreichen Stadtumbau sind, weil sie Ressort übergreifend und gesamtstädtisch ausgerichtet sind. Folgerichtig haben Bund und Länder ein (integriertes) städtebauliches Konzept zur Fördervoraussetzung auch für das neue Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ erklärt. Wichtig ist ein Leitbild, das die Besonderheiten der jeweiligen Stadt schärft und aus dem die einzelnen Maßnahmen abgeleitet werden. Die Stadtentwicklung ist durch ein kontinuierliches Monitoring zu begleiten (Frühwarnsystem, Erfolgskontrolle).

Beispiel 2

Planungsprozess zur Schließung von Baulücken – „Neues Wohnen in der Innenstadt“

Ziel der Initiative ist es, Bauwillige, die die Errichtung eines selbst genutzten Wohnhauses planen, für ein Wohnen in der Innenstadt zu gewinnen. In engem Zusammenwirken von zukünftigen Bauherren und Architekten sollen beispielhafte Lückenbebauungen entwickelt und umgesetzt werden, die auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten sind und zugleich städtebaulich und architektonisch überzeugen.

Nähere Informationen unter:

http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/vm/Themen/Bau/Initiative_Innenstadt/Initiative_Neues_Wohnen_in_der_Innenstadt/index.jsp

DANKSAGUNG

Die Danksagung richtet sich an alle HochschulmitarbeiterInnen der Öffentlichkeitsarbeit, der Verwaltung der Fakultät Gestaltung, des Rechenzentrums und der Forschungs-GmbH.

Wir, die Akteure des Projektes Stadtumbau - Netzwerk lokale Lebenskultur, möchten uns recht herzlich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung im Vorfeld und während unserer Fachtagung am 28. Mai 2008 bedanken.

Mit Ihrer Hilfe war es uns möglich über 70 TeilnehmerInnen aus Politik und Verwaltung, Wohnungsunternehmen, Hochschulen und Universitäten, MitarbeiterInnen von Sanierungsträgern und sozialer Einrichtungen eine rundum gelungene Veranstaltung auf hohem Niveau zu bieten.

Wir erhielten von einer Vielzahl der TeilnehmerInnen eine durchweg positive Resonanz auf unsere Tagung. Dabei lobten sie nicht nur die gewählten Themen, Vorträge und Workshops, sondern auch die Organisation und technischen Bedingungen.

Sie haben durch die Unterstützung bei der Vorbereitung bzw. Durchführung der Tagung zu dieser guten Einschätzung beigetragen und die Ausstrahlung unserer Hochschule im Land Mecklenburg-Vorpommern gestärkt, deshalb geben wir den Dank der TeilnehmerInnen gerne an Sie weiter.

Zusätzlicher Dank geht an alle ReferentInnen und TeilnehmerInnen, die uns durch Ihre eingesandten Beiträge und Präsentationen die Erstellung dieser Broschüre erst ermöglichen.

CD - ÜBERBLICK

REFERATE AM VORMITTAG

Gaube-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.ppt
Mönch-Kalina-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.ppt
Gansewig-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.ppt
Busch-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.ppt
Brandt-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.ppt
Daedelow-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.ppt
Film zum Referat Bräuer

(Dieser Film wurde uns mit freundlicher Genehmigung der Stadt Bad Langensalza und archimatrix - visuelle Kommunikation zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. weitere Infos unter: www.archimatrix.de)

WORKSHOP 1

Film zum Beitrag Jäger im Workshop 1

WORKSHOP 2

Kaether-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.pdf
Kron-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.pdf
Schneider-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.pdf

WORKSHOP 3

Scharf-Fachtagung_Stadtumbau-28-05-2008.pdf